

FORMAT: Harte Kritik an Pensionsprivilegien der Volksbanker

Utl.: Sozialkapital-Verpflichtungen explodierten seit 2008 auf 333 Millionen Euro =

Wien (OTS) - Der Volksbanken-Verbund leistet sich auf Kosten des Steuerzahlers üppige Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgelder. Renommierete Experten äußern harte Kritik an den Privilegien der mit Staatshilfe gestützten Volksbanken-Gruppe. Dies berichtet das Wirtschaftsmagazin FORMAT in seiner am Freitag erscheinenden Topstory.

"Das ist ein Sittenbild und wirklich obszön", sagt der Pensionsexperte Bernd Marin. "Eine Bank, die vom Steuerzahler gerettet wurde und Milliarden verbraten hat, leistet sich ein Pensionsparadies." Laut FORMAT vorliegenden "Verbundabschluss 2013" wuchs der Barwert des Sozialkapitals von 258 Millionen Euro im Jahr 2008 auf stolze 333 Millionen Euro im Jahr 2013. Allein die Pensionsverpflichtungen stiegen im Zeitraum um 18 Prozent auf 151 Millionen Euro. Der Begriff "Sozialkapital" umfasst die von den Volksbanken gebildeten Rückstellungen für Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgelder.

Die paradiesischen Rahmenbedingungen werden laut FORMAT indirekt vom Steuerzahler subventioniert, weil die ÖVAG als Spitzeninstitut des Volksbanken-Sektors im Minus ist. Darum werden die Zinsen auf das staatliche Partizipationskapital von der ÖVAG seit Jahren nicht bedient. Auch die lokalen Volksbanken, denen die ÖVAG mehrheitlich gehört, sind diesen Verpflichtungen gegenüber dem Staat nicht nachgekommen. Luxuspensionszusagen und andere Goodies, die auf Altverträgen basieren, werden von den Volksbankern hingegen sehr wohl erfüllt. Das empört Volksbanken-Kritiker, wie etwa Rechnungshof-Präsident Josef Moser, Universitätsprofessor Wolfgang Mazal und Sozialwissenschaftler Bernd Marin.

"Der Gesetzgeber muss da voll hineinfahren", sagt Sozialexperte Mazal gegenüber FORMAT und schlägt ein "Restrukturierungsgesetz" gegen die Privilegien im Volksbanken-Sektor vor. Mazal: "Die Ansprüche werden gesetzlich reduziert und der bilanzielle Überhang an den Bund ausgeschüttet." RH-Präsident Moser würde die Volksbanken gerne genauer unter die Lupe nehmen: "Der Rechnungshof hätte die ÖVAG

geprüft, ist aber dafür nicht zuständig, weil er erst ab einer Beteiligung der öffentlichen Hand von 50 Prozent prüfen darf. Auf diese Kontrolllücke machen wir seit Jahren aufmerksam."

~

Rückfragehinweis:

FORMAT Business

Ashwien Sankholkar

01-21755-4126

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/81/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0234 2015-05-21/15:16

211516 Mai 15

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150521_OTS0234